Sammeln Sie Unterschriften gegen den Drohnenkrieg!

Auf der Website des bundesweiten Appells „Keine Kampfdrohnen!"
www.drohnen-kampagne.de
kann man unterschreiben und Unterschriftenlisten herunterladen.

Der Bundesregierung und dem Bundestag muss gezeigt werden, dass wir Anschaffung und Einsatz von Kampfdrohnen strikt ablehnen.

Aktuelles und vertiefende Informationen

(Auswahl):
www.imi-online.de/themen/drohnen/
www.ag-friedensforschung.de/themen/Drohnen/Welcome.html
https://antidrohnenkampagne.wordpress.com
https://www.facebook.com/antidrohnenkampagne
https://www.aktion-freiheitstattangst.org
https://www.knowdrones.com
https://dronewars.net
sowie das Buch: „Töten per Fernbedienung"
herausgegeben von Peter Strutynski, Wien 2013

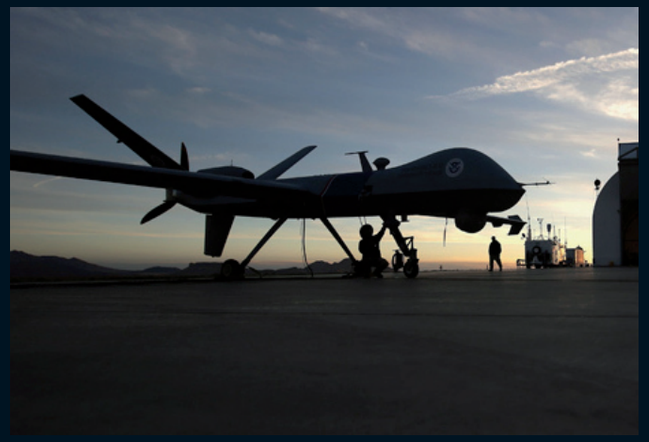
Kontakt:
www.frikoberlin.de
oder direkt
Kampfdrohnen.aechten.Berlin@gmx.de

AG Drohnen der Friedenskoordination Berlin
c/o Laura von Wimmersperg
Hauptstraße 37, 10827 Berlin
Spendenkonto: Elisabeth Wissel, Stichwort: Kampfdrohnen
Konto DE70 6001 0070 0936 1837 08
V.i.S.d.P.: Laura von Wimmersperg

Bildtext: „Wer ist Schuld an den Opfern der Drohnen-Einsätze?!

- Wir fordern den Bundestag auf, das Entwickeln, Mieten oder Kaufen von Kampfdrohnen einzustellen.
- Wir fordern die Schließung der US-Satelliten-Relaisstation in Ramstein.
- Kampfdrohnen völkerrechtlich ächten!

www.frikoberlin.de



Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

Beihilfe für Drohnen-Morde beenden!

www.frikoberlin.de

Kampfdrohnen_Mai 1017indd 1
19.05.2017 7:31:05 Uhr

Drohnenpiloten in den USA und Israel geben die Schießbefehle

Die Bundesregierung steigt in das unbemannte Überwachen und Töten ein: Sie will bis zu 16 Kampfdrohnen in Israel oder in den USA mieten, die sowohl mit Überwachungssensorik als auch mit Bomben und Raketen bestückt werden können. Israel und die USA haben die militärische Drohnen-Technologie für „gezielte" Tötungen und zur Überwachung und Unterdrückung der Bevölkerung in umkämpften oder besetzten Landstrichen entwickelt und eingesetzt. Die Bundesregierung ist bestrebt, einen Mietvertrag schon 2017 abzuschließen und favorisiert eine Kampfdrohne des Typs „Heron" aus Israel, die im Gaza-Streifen „getestet" worden ist. Ab 2025 will die Bundesregierung Kampfdrohnen in Europa herstellen lassen, die uneingeschränkt auch in Europa fliegen könnten.

Wir fordern den Bundestag auf, das Entwickeln, Mieten oder Kaufen von Kampfdrohnen einzustellen.

Das Verteidigungsministerium behauptet, dass die Killerdrohnen präzise Waffen seien. Jedoch sind allein 2014 im Gaza-Krieg 164 palästinensische Kinder durch israelische Drohnen getötet worden. Eine Analyse der internationalen Menschenrechtsorganisation REPRIEVE über US-amerikanische Drohnenangriffe in Pakistan und Jemen ergibt, dass für jede ermordete „Zielperson" durchschnittlich 28 Unbeteiligte, darunter viele Kinder, getötet worden sind. Die US-Regierung gibt kaum Auskunft über die Opfer ihrer Drohnenangriffe in bisher

Drohnen-Anschlag auf Gaza.

mindestens sieben Ländern. Eine seriöse Schätzung kam jedoch zum Ergebnis, dass von 2001 bis 2013 allein in Afghanistan mehr als 13.000 Menschen durch Kampfdrohnen getötet worden sind.

Mit ferngesteuerten Hinrichtungen („gezieltes" Töten) im „Krieg gegen den Terror" hat die US-Regierung die Kriegsführung völkerrechtlich und räumlich entgrenzt. Um Kritik an Kampfdrohnen abzuwenden, versuchte die Bundesregierung sich von dieser Praxis zu distanzieren und erklärte 2013 im Koalitionsvertrag: „Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kategorisch ab". Zudem hat das Europäische Parlament 2014 die Mitgliedsstaaten aufgefordert, „sich gegen die Praxis gezielter außergerichtlicher Tötungen auszusprechen und diese Praxis zu verbieten" sowie „keine rechtswidrigen gezielten Tötungen" durch andere Staaten zu „begünstigen". Jahrelang tat die Bundesregierung so, als wisse sie nicht, dass die US-Regierung in deutschem Rechtsgebiet US-Einrichtungen wie das US-Afrikakommando in Stuttgart (Africom) und die Ramstein Air Base (Rheinland-Pfalz) zur Signalübertragung und/oder Auswertung für Drohnen-Tötungen nutzt. Jedoch hat die Bundesregierung in einer Befragung im Bundestag am 30. November 2016 endlich eingestanden, dass Funksignale an die US-Killerdrohnen über Ramstein übermittelt werden.

Wir fordern die Schließung der US-Satelliten-Relaisstation in Ramstein.

Wir wehren uns entschieden gegen den Einsatz von Kampfdrohnen

Wir fordern die Bundesregierung auf, jede Nutzung von Anlagen in Deutschland durch ausländisches Militär für extralegale (außergerichtliche), völkerrechtswidrige Hinrichtungen und jede Beteiligung der Bundeswehr oder deutscher Geheimdienste daran zu verbieten. Der Generalbundesanwalt muss Verletzungen strafrechtlich verfolgen.

Wir verlangen eine neue, transparente, öffentliche Debatte in Deutschland, in Europa und weltweit über die Gefahren der Kampfdrohnen. Wie die deutschen Friedensforschungsinstitute in ihrem Gutachten von 2013 festgehalten haben, ist es „dringend geboten, der Entwicklung derartiger Waffensysteme einen Riegel vorzuschieben, bevor sie eine fatale Eigendynamik entfaltet." Viele Wissenschaftler und Militärexperten sind besorgt, dass die weitere Verbreitung und Entwicklung der Kampfdrohnen-Technologie auf die völlige Automatisierung des Krieges unabdingbar hinauslaufen wird. Die Entscheidung über Leben und Tod würde an Computer-Algorithmen abgegeben. Die Maschine würde dann die Verantwortung zum Töten übernehmen.
Dies müssen wir verhindern!

Kampfdrohnen völkerrechtlich ächten!

Kampfdrohnen_Mai 1017indd 2

19.05.2017 7:31:05 Uhr